

**Ver.di – Bundesvorstand**

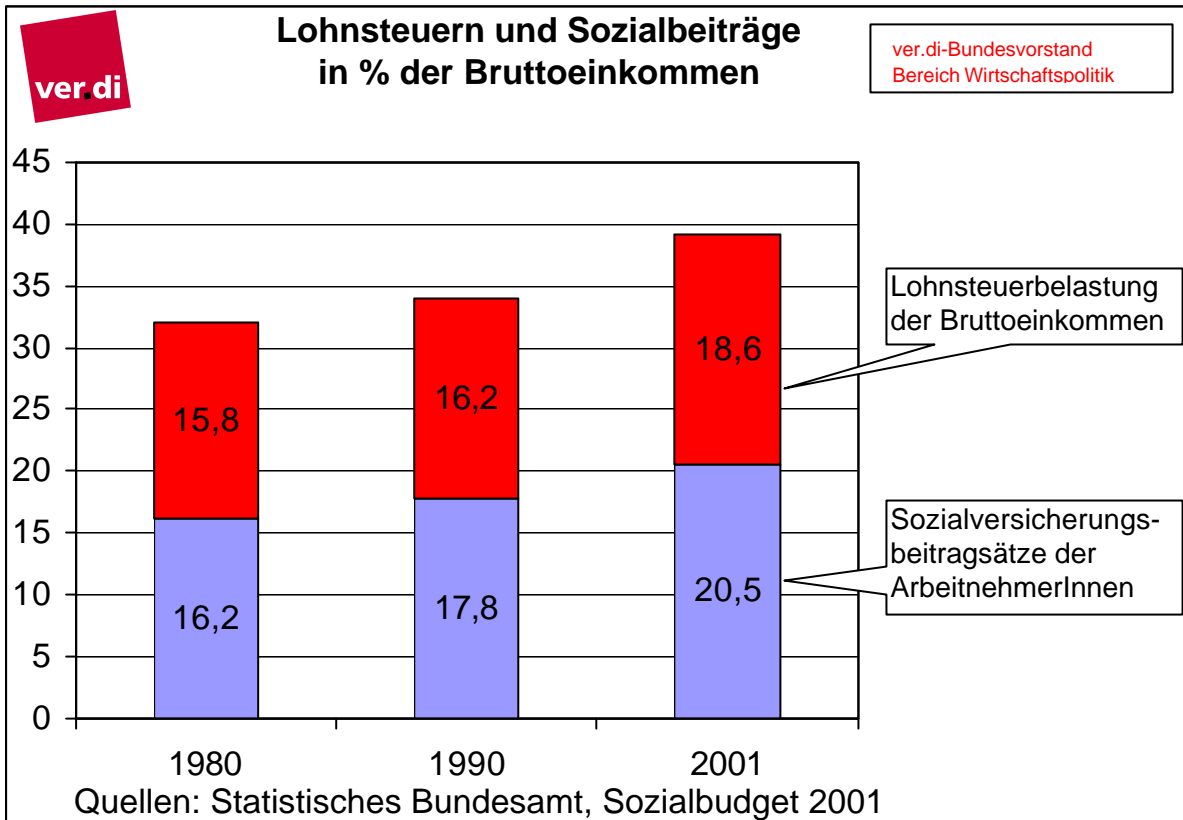
# **Finanzpolitik für Arbeit und Gerechtigkeit**

**Berlin, 4. Juli 2002**

***Rede Margret Moenig-Raane, stellvertretende Vorsitzende***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jeden Monat sehen Sie auf der Gehaltsabrechnung, dass für Steuern und Sozialabgaben eine ganze Menge Geld weggeht. Und: Die gefühlte und die reale Belastung jeder und jedes Einzelnen mit Abgaben ist langfristig gestiegen. Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Beschäftigten ist von knapp 16% vor 20 Jahren auf heute knapp 19 % gestiegen; die Sozialbeiträge von 16% auf 20,5 %.

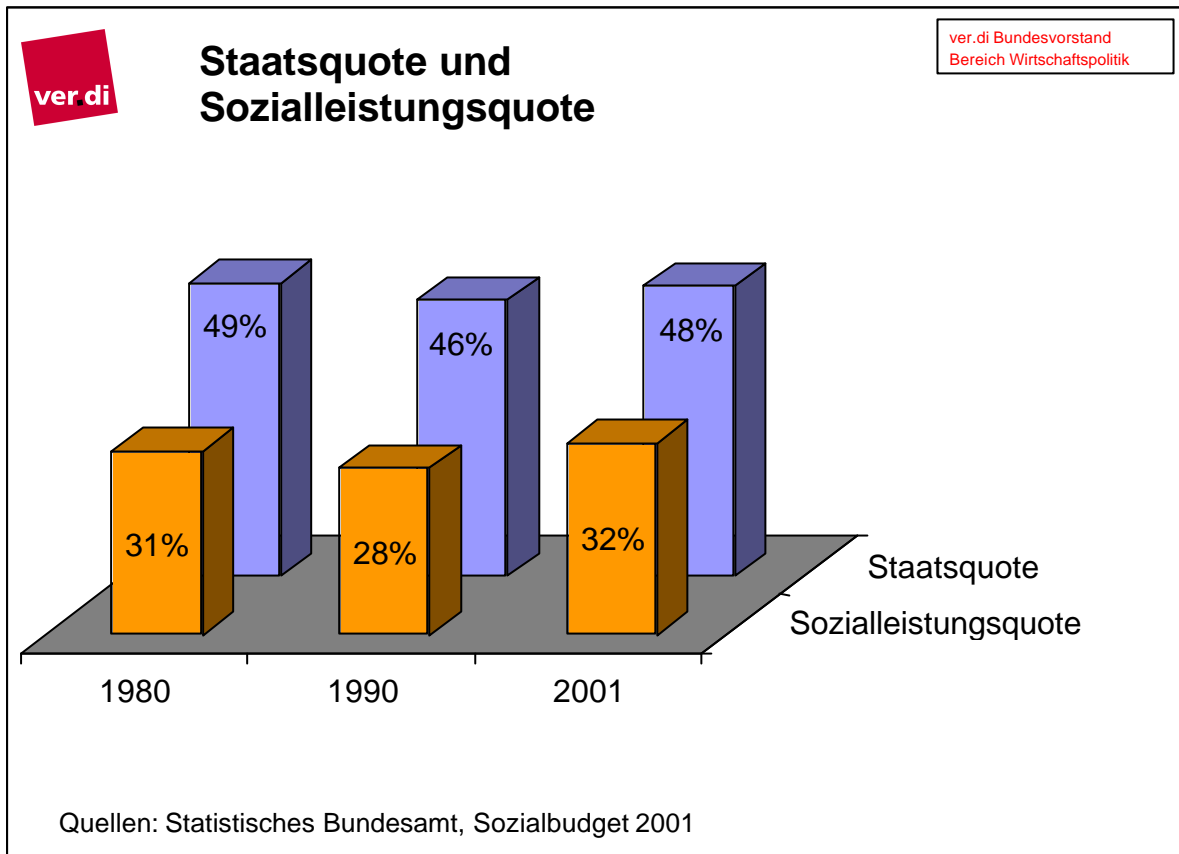


Gleichzeitig erleben wir, dass viele Leistungen schlechter geworden sind, dass wir bei Krankheitskosten privat zuzahlen müssen, dass Straßen und öffentliche Einrichtungen nicht gepflegt werden, dass die Schulen nicht die Leistungen bringen, die wir erwarten.

Ist es da ein Wunder, dass vor diesem Hintergrund Forderungen nach Steuersenkungen und Propaganda gegen den „Moloch“ Staat, der immer teurer wird, in der Bevölkerung auf Resonanz stoßen?

Dennoch oder gerade deswegen ist es notwendig, dass wir uns die Sachlage genauer anschauen. Dabei kommen wir zu erstaunlichen Ergebnissen:

1. Der Anteil der staatlichen Ausgaben und der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt – also dem jährlich geschaffenen Reichtum – ist in den letzten 25 Jahren weitgehend konstant geblieben. Und das trotz erheblich gestiegener Arbeitslosigkeit und hoher öffentlicher Aufwendungen für Ostdeutschland. Die Staatsquote liegt bei etwas unter 50% und die Sozialleistungsquote bei etwas über 30 %. Von einem ständig sich ausweitenden Staatssektor kann also gar keine Rede sein.



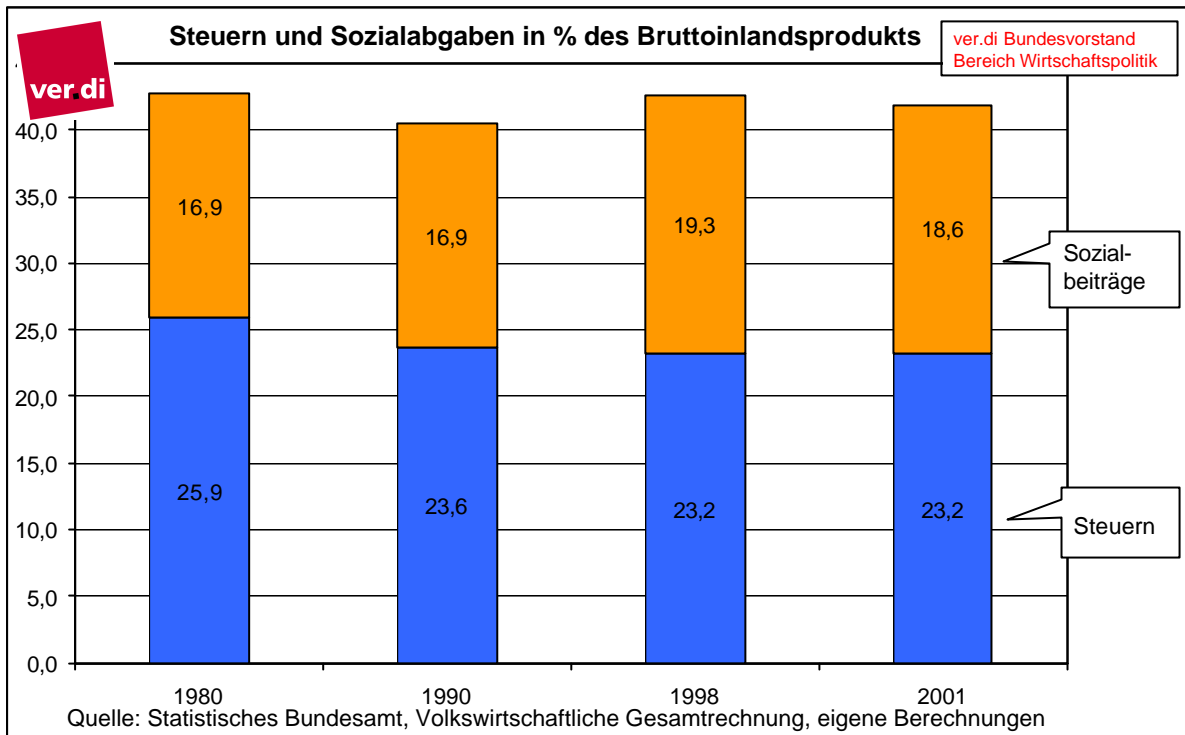
Dabei ist zusätzlich zu beachten, dass die meisten staatlichen Ausgaben unmittelbar als Geldleistungen wieder privaten Haushalten zufließen. Personalausgaben und Käufe des Staates machen nur 14% des Bruttoinlandsprodukts aus. Darin sind enthalten sowohl Investitionen für Straßen und Gebäude wie die Ausgaben für Erzieherinnen und Erzieher, Krankenschwestern, Lehrern, Polizei usw..

Selbst der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2002 stellt fest:

*„Deutschland verfügt über einen vergleichsweise schlanken öffentlichen Dienst. Nur 12 % der Beschäftigten sind im öffentlichen Dienst beschäftigt.“ Zum Vergleich: In den USA sind fast 15 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst tätig.*

2. Noch erstaunlicher ist folgendes:

Der Anteil der Steuern und Abgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt heute sogar niedriger als vor 25 Jahren! Insbesondere der Anteil der Steuern ist sogar deutlich von 26% auf 23 % gesunken, während der Anteil der Sozialbeiträge um knapp 2 %-Punkte gestiegen ist.

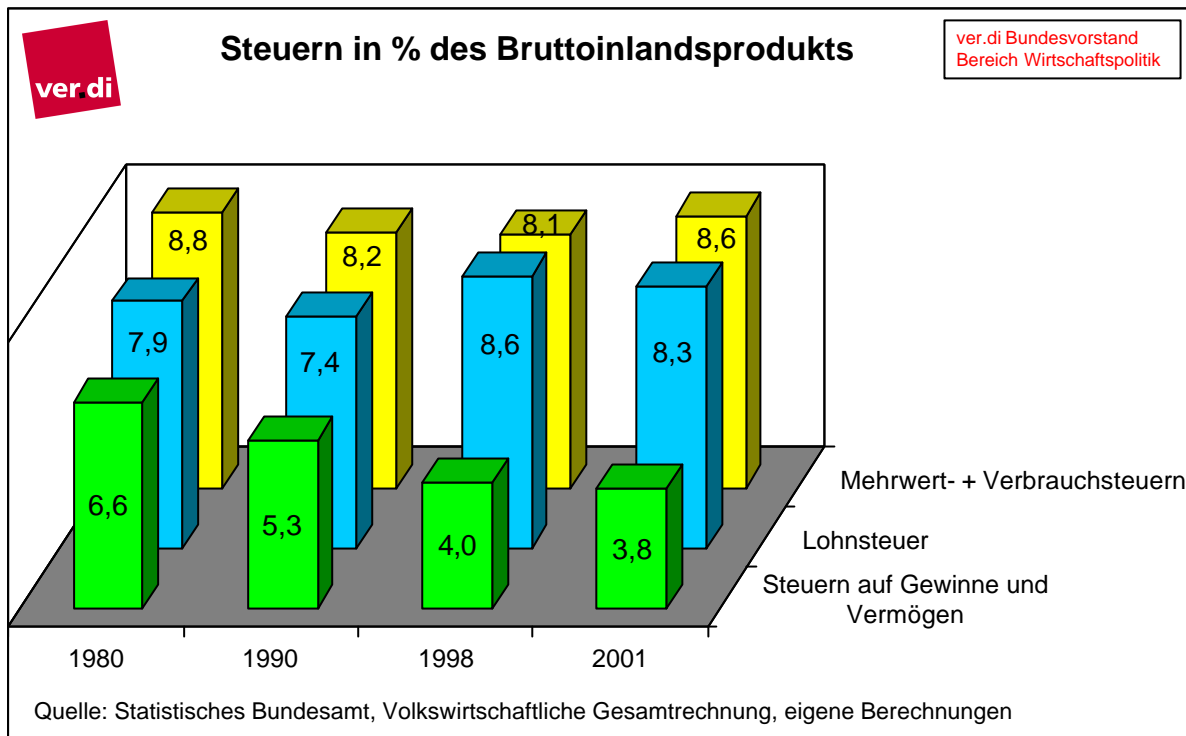


Was ist der Grund für diese widersprüchlich erscheinenden Fakten und Wahrnehmungen?

Der Hintergrund ist eine massive Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten, die in den letzten 20 Jahren in Deutschland stattgefunden hat.

Es war sogar eine doppelte Umverteilung, denn zum einen blieben die Lohnsteigerungen hinter den Zuwächsen der Gewinne weit zurück. Und zum anderen mussten die Beschäftigten trotz dieses gesunkenen Anteils am Volkseinkommen einen immer größeren Anteil an den öffentlichen Leistungen finanzieren.

Der Anteil der Lohnsteuern am Bruttoinlandsprodukt ist gestiegen, während der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen stark abgenommen hat. Da zugleich der Anteil der Gewinne und Vermögen am Volkseinkommen zugenommen hat, ist deren Belastung noch stärker gesunken, als es diese Zahlen zeigen.



Die am lautesten jammern, haben also in Wirklichkeit am Wenigsten Grund dazu.

Steuern und Sozialabgaben der Beschäftigten sind deshalb so hoch, weil die Besserverdienenden, die Unternehmer und die Unternehmen sich immer weniger an der Finanzierung des Staates beteiligen.

Kolleginnen und Kollegen.

Laut einer neuen Studie der Wirtschaftsberatungsfirma Meryll-Lynch ist die Zahl der Privatanleger in Deutschland mit einem Finanzvermögen von über 1 Million Euro Geldvermögen trotz sinkender Aktienkurse weiter angestiegen und beträgt mittlerweile über 730.000 Personen. Oder anders formuliert:

***Ein halbes Prozent der erwachsenen Deutschen besitzt 25% des gesamten Geldvermögens.***

Die Gewinne der Kapitalgesellschaften sind im Jahr 2001 trotz Rezession um 3% und nach Steuern sogar um 12% gestiegen.

Gleichzeitig sehen wir in Deutschland insbesondere in vielen Städten in immer größerem Ausmaß öffentliche Armut. Kindertagesstätten, Bäder und Bibliotheken werden geschlossen, die angesichts den Ergebnissen der PISA-Studie dringend benötigten Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher können wegen knapper Kassen nicht beschäftigt werden. Städte und Länder müssen „sparen, bis es quietscht“, um es mit den Worten von Berlins Bürgermeister Wowereit zu sagen.

Begründet wird dieser immer rabiater Kurs der Ausgabenkürzungen, des Leistungs- und Personalabbaus mit der gewaltigen Verschuldung, die unbedingt abgebaut werden müsse. Nun kann man Kommunen und Ländern unter den gegebenen Bedingungen noch zugute halten, dass sie aus eigener Kraft tatsächlich kaum andere Möglichkeiten haben, ihr Defizit zu reduzieren.

Für die Bundespolitik und die Finanzpolitik insgesamt gilt aber: Jedes Budget hat zwei Seiten, Ausgaben und Einnahmen.

Wir fordern eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch eine Verbesserung der Einnahmeseite!

Oder anders formuliert:

Ein grundsätzlicher Kurswechsel der Finanzpolitik ist überfällig.

Eine Politik, die den Abbau der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben als Eigenwert betrachtet, führt ins Desaster. Auch wir treten für eine Reduzierung der Verschuldung ein, weil sie die öffentlichen Haushalte unnötig belastet. Inzwischen müssen über 15% der Bundesausgaben alleine für Zinszahlungen aufgewendet werden.

Es sind die Vermögenden, die für ihre Ersparnisse im letzten Jahr Zinszahlungen des Staates von über 66 Mrd. € erhalten haben. Aufkommen müssen dafür hingegen alle Steuerzahler. Auch jene, die selbst nicht in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden.

Es ist völlig verfehlt, leere Kassen zu beklagen und gleichzeitig weitere Steuerentlastungen für Unternehmen und hohe Einkommen anzukündigen.

Geradezu abwegig und in ihren Konsequenzen katastrophal wäre die Verwirklichung der Vorstellungen von CDU/CSU und FDP, den Spitzensteuersatz noch weiter auf unter

40 % bzw. 35 % zu senken. Profitieren würden davon in erster Linie Großverdiener. Verlierer wären die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen im Gegenzug die Steuervorteile zum Beispiel auf Sonn-, Feiertags und Nachtarbeit gestrichen werden sollen. Verlierer wären alle Menschen, die auf öffentliche und soziale Leistungen des Staates angewiesen sind oder es in Zukunft sein werden.

Denn gleichzeitig verkündet Herr Stoiber auf dem CDU-Parteitag:

*„Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.“*

Und CDU-Fraktionsvorsitzender Merz fordert:

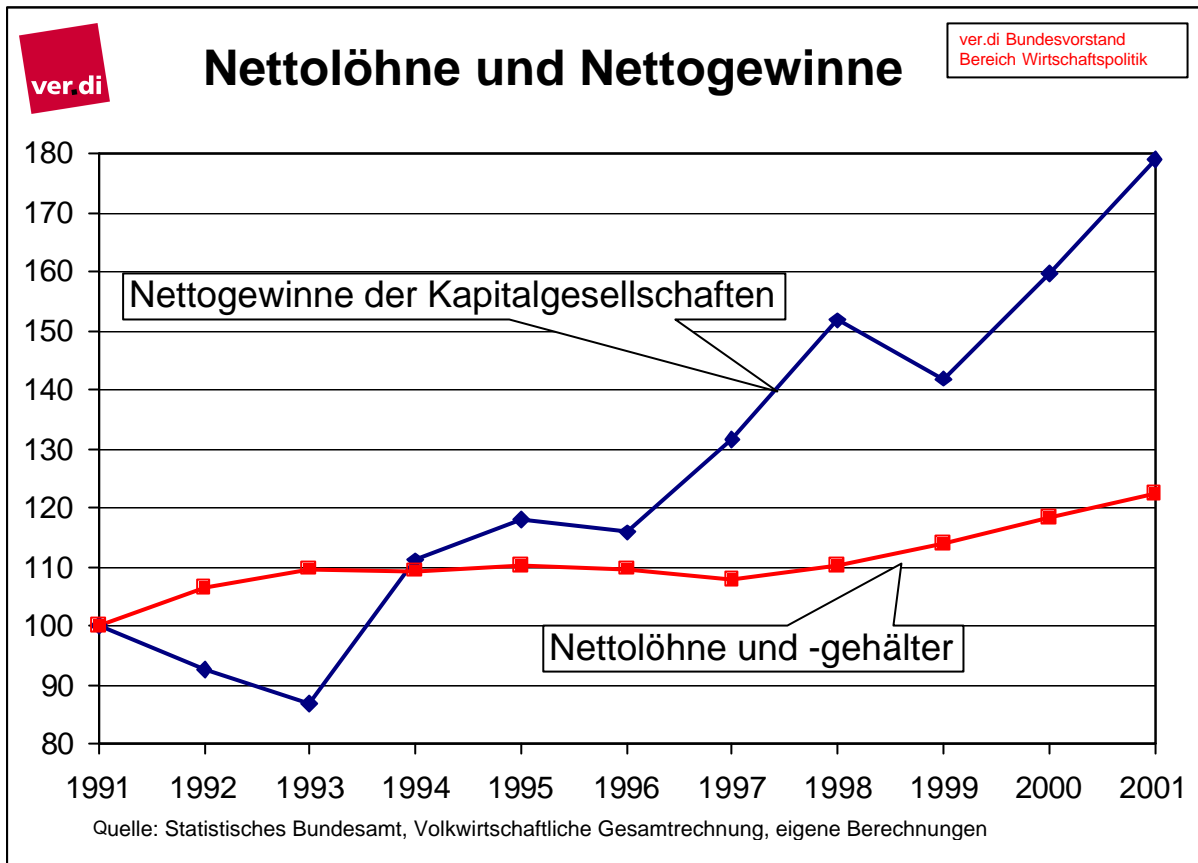
*„Wir müssen tiefe Einschnitte in das Sozialsystem vornehmen.“*

Das hängt zusammen und hat Methode. Erst werden die öffentlichen Finanzen mutwillig ruiniert, dann wird behauptet, der Sozialstaat sei zu teuer.

Kolleginnen und Kollegen.

Die Steuern der Unternehmen und die der hohen Einkommen wurden in den letzten Jahren deutlich heruntergefahren. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit der „Stärkung der Kaufkraft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. So werden die Weichen für Innovationen, Investitionen, nachhaltiges Wachstum und damit für neue zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen.“ So ein Zitat aus einer Broschüre des Finanzministeriums.

Wenn wir allerdings die reale Entwicklung genauer betrachten, stellen wir fest: Es ist nicht wahr, dass zu hohe Abgaben die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährden. Die Gewinnsituation der deutschen Unternehmen ist gut und hat sich in den 1990er Jahren erheblich verbessert, und zwar netto noch stärker als brutto. Der Exportüberschuss als Ausdruck der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erreichte in 2001 einen Rekordwert von über 94 Mrd. €. Trotzdem war das Wachstum schwach.



Die Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist nämlich nicht die Wettbewerbsfähigkeit, sondern die viel zu schwache Binnennachfrage. Dieses Nachfragedefizit wurde durch die Umverteilung zugunsten der Gewinne vergrößert. Deshalb verwundert uns die schwache Entwicklung nicht.

Die Finanzpolitik hat die Binnennachfrage nicht gestärkt, sondern geschwächt. Denn jeder Euro, den der Staat weniger ausgibt, schwächt unmittelbar die Nachfrage. Steuerensenkungen für Besserverdienende und Unternehmen fließen dagegen zu einem erheblichen Teil in Finanzanlagen. Per Saldo wird die Nachfrage beschränkt

Der überzogene Sparkurs der Finanzpolitik war also nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Der massive Personalabbau im öffentlichen Dienst leistet einen zusätzlichen eigenständigen Beitrag zum Abbau der Beschäftigung und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Nachhaltig stärkend auf die Binnennachfrage wirken Lohnerhöhungen, die den Verteilungsspielraum endlich wieder ausschöpfen. Dies ist in diesem Jahr über weite Strecken gelungen, auch wenn nicht alle Ziele erreicht wurden. Aber: mit den Lohnabschlüs-



sen ist eine wichtige Voraussetzung für eine neuen Wirtschaftsaufschwung erreicht worden.

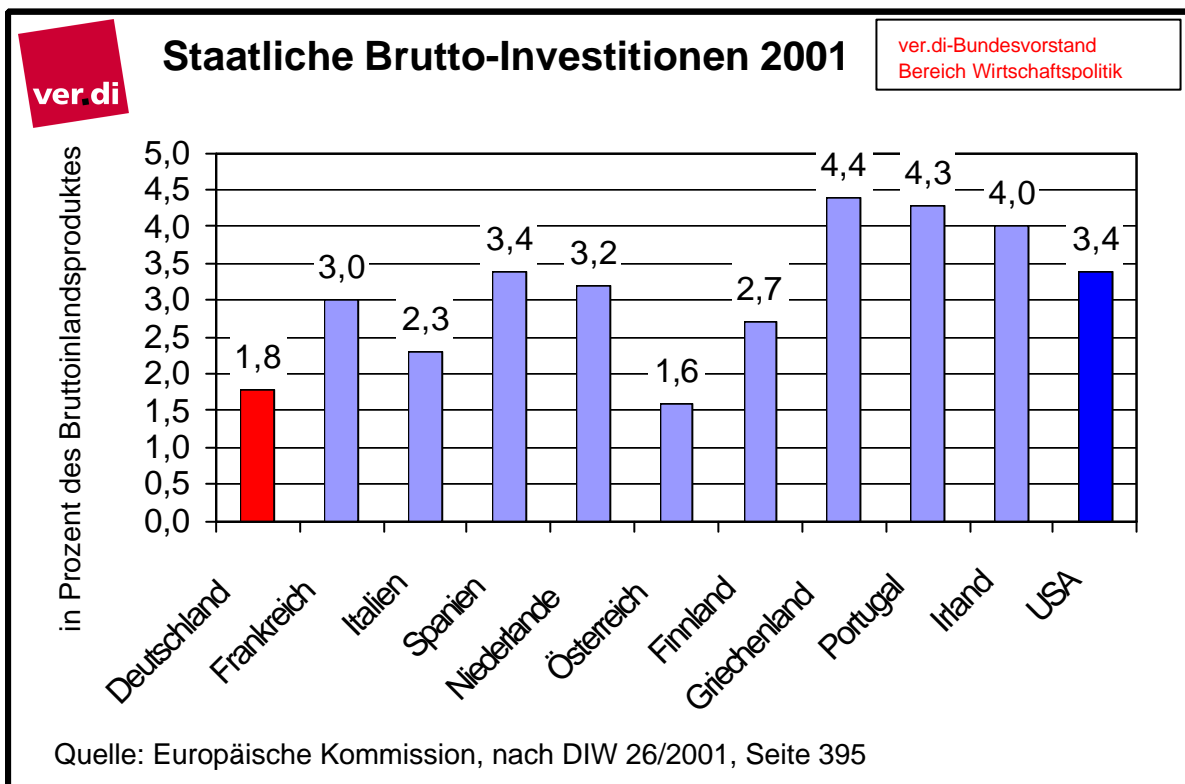
Die Finanzpolitik hat dazu wenig bis nichts beigetragen.

Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen deshalb einen 180-Grad-Kuswechsel der Finanzpolitik.

Notwendig ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt.

Unser Ziel ist, dass bis spätestens 2006 die öffentlichen Investitionen auf 3,2 % am Bruttoinlandsprodukt erhöht werden. Dies entspräche einer Anhebung um 30 Mrd. €, das ist fast eine Verdoppelung. Nach ökonometrischen Untersuchungen, die wir haben anstellen lassen, kann so die Anzahl der Erwerbstätigen um 450.000 erhöht und die Arbeitslosenzahl um rund 250.000 verringert werden.



Es ist kaum bekannt: Während noch in den sechziger Jahren 5% des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Investitionen ausgegeben wurde, waren es 2001 nur noch 1,8%. Damit ist Deutschland zusammen mit Österreich Schlusslicht in der EU. Im angeblichen Musterland der Marktwirtschaft, den USA, ist der Anteil mit 3,4% doppelt so hoch.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat errechnet, dass es einen kommunalen Investitionsbedarf von rund 475 Mrd. € in den alten und 211 Mrd. € in die neuen Bundesländer gibt. Das sind 69 Mrd. € pro Jahr.

Kolleginnen und Kollegen,

Das alles kostet natürlich Geld. Aber dieses Geld ist da. Bei aller Wachstumsschwäche sind wir insgesamt nicht ärmer geworden. Vielmehr hat sich das Bruttoinlandsprodukt seit Anfang der 70er Jahre real fast verdoppelt. Es gab noch nie soviel zu verteilen wie heute. Der in der Bundesrepublik vorhandene Reichtum muss wieder zu einer angemessenen Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

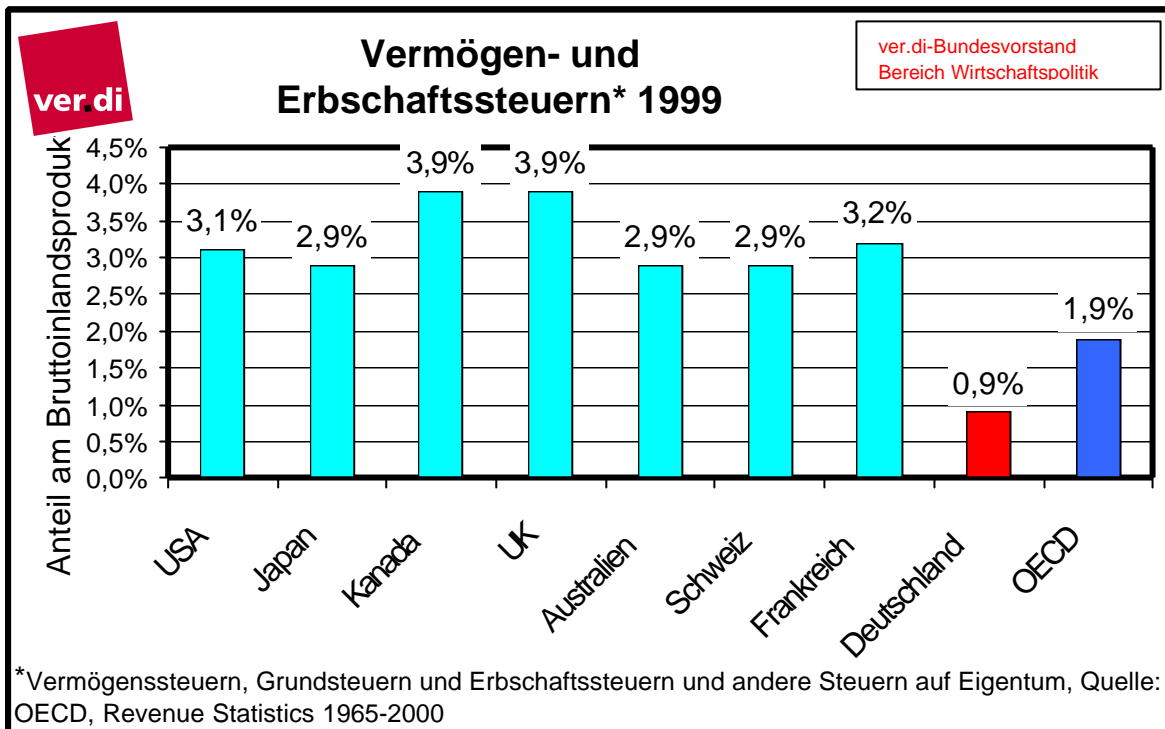
Die Vermögensteuer muss in reformierter Form wieder erhoben werden.

Dabei sind ausreichend hohe Freibeträge vorzusehen. Unser Vorschlag lautet 500.000 € für eine vierköpfige Familie. Gleichzeitig sind aber entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes die aktuellen Werte der Immobilien zur Grundlage der Besteuerung zu machen. Diese Steuern fließen den Ländern zu, Mehreinnahmen können für eine dauerhafte Erhöhung der Zuweisungen an die Kommunen genutzt werden.

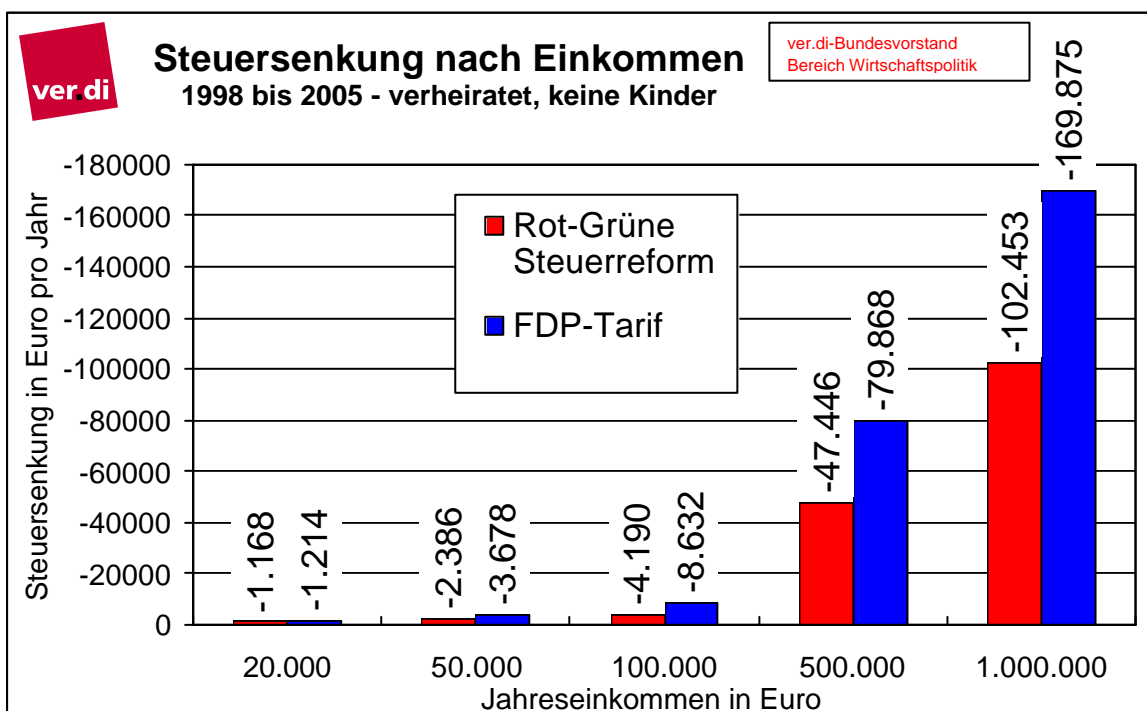
Die steuerliche Neubewertung von Immobilien ist allein schon deshalb notwendig, da sonst die große Gefahr besteht, dass auch die Erbschaftssteuer demnächst für verfassungswidrig erklärt werden könnte. Der Bundesfinanzhof wird nämlich voraussichtlich demnächst diese Frage dem Verfassungsgericht zuleiten.

Kurz: Die korrekte Bewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen ist notwendig. So kann die Erbschaftssteuer gesichert und die Vermögensteuer erhoben werden.

Schon vor der Aussetzung der Vermögensteuer und der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuern war der deutsche Fiskus im internationalen Vergleich sehr bescheiden bei der Erhebung von Steuern auf Vermögen und Eigentum. Allein die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent und hohen Freibeträgen könnte zu Mehreinnahmen von 10 bis 15 Mrd. € führen. Auch damit bliebe Deutschland immer noch deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.



Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer darf nicht noch weiter als auf die ab 2003 geltenden 47%-Marke abgesenkt werden. Dann muss Schluss sein! Die bis 2005 geplante Absenkung auf nur noch 42% muss zurück genommen werden.



Allein die Senkung von 43% auf 42% würde 2,5 Mrd. Euro jährlich kosten! Rechnet uns das Finanzministerium vor! Eine Senkung unterhalb der 40%-Marke würde dann erst richtig teuer!

Die Senkung des Spitzensteuersatzes führt aber außerdem zu einer deutlichen Verschärfung der Verteilungsungerechtigkeit. Während Normalverdiener um ein paar tausend Euro jährlich weniger Steuern zu zahlen haben, werden hohen Einkommensbezieher Steuern in einer Höhe erlassen, soviel verdienen normale Beschäftigte das ganze Jahr über nicht einmal.

Erforderlich ist darüber hinaus eine Reform der Unternehmensbesteuerung, die wieder eine angemessene Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben gewährleistet.

Die Unternehmenssteuersätze waren in Deutschland in der Vergangenheit mit 45 % auf einbehaltene Gewinne relativ hoch und sind deshalb gesenkt worden. Die effektive Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften war jedoch schon 1996 mit 24% niedriger als zum Beispiel in Großbritannien, Frankreich oder den USA. Ursprünglich hatte Rot-Grün deshalb eine aufkommensneutrale Reform geplant. Tatsächlich sind die Unternehmenssteuern in großem Umfang weiter gesenkt worden.

Die massiven Einbrüche im Steueraufkommen gingen dabei über die eingeplante Entlastung noch weit hinaus: Allein das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer ist innerhalb eines Jahres um fast 24 Mrd. € gesunken. Diese Entwicklung ist nur zu einem Teil auf konjunkturelle Bedingungen und Sonderfaktoren zurückzuführen. Auch in den kommenden Jahren wird das Aufkommen der Körperschaftsteuer weit hinter den früheren Werten zurück bleiben.

Hier sind dringend Korrekturen erforderlich:

- Die Möglichkeiten von Unternehmen, ihre Gewinne durch die Verrechnung mit Verlusten aus früheren Jahren oder mit Verlusten verbundener Unternehmen der Besteuerung zu entziehen, müssen eingeschränkt werden. Ein erster Ansatz kann eine Mindestbesteuerung für Unternehmen sein. Wir unterstützen hier ausdrücklich die Initiative von Joachim Poß.

- Die überflüssige völlige Steuerbefreiung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen muss zurückgenommen werden.

Hierzu ein Beispiel aus der Praxis:

Der Vorsteuergewinn der Deutschen Bank stieg im ersten Quartal 2002 um 40% auf 1,3 Mrd. €. Rund 1 Mrd. € stammten dabei aus dem steuerfreien Verkauf von Anteilen an der Münchner Rück und der Allianz. Trotz des deutlich gestiegenen Gewinns sanken die abzuführenden Steuern von 290 Mio. € für das erste Quartal 2001 auf nur noch 6 Mio. € für den gleichen Zeitraum im Jahr 2002.

Ich komme zum Schluss und wiederhole es noch mal:

Unserer Auffassung nach brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel der Finanzpolitik, einen Kurswechsel um 180 Grad. Statt durch Ausgabenkürzungen die Qualität der öffentlichen Leistungen und Daseinsvorsorge immer weiter abzubauen, müssen diese Leistungen gesichert und verbessert werden. Dann werden die Menschen auch wieder merken, dass ihr Geld sinnvoll verwendet wird. Statt zu behaupten, es gäbe keine Alternative zu staatlicher Schrumpfpolitik, müssen wir die Einnahmeseite stärken, indem auf Steuersenkungen für Unternehmen und hohe Einkommen verzichtet wird. Wenn wir auf diesem Wege für spürbar mehr Gerechtigkeit sorgen, wird das nach unserer Überzeugung auch die immer weiter um sich greifende Staatsverdrossenheit zurückdrängen und wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.